



95. Sitzung, Dienstag, 15. Dezember 2020, 19:00 Uhr

Vorsitz: *Roman Schmid (SVP, Opfikon)*

Verhandlungsgegenstände

- 1. Mitteilungen 1**
- 2. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2021 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2021–2024.... 2**
 Antrag des Regierungsrates vom 26. August 2020, Nachtrag vom 23. September 2020 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 19. November 2020
Vorlage 5644b, Fortsetzung der Beratung
- 3. Verschiedenes..... 28**
 Fraktionserklärung
 Rücktritt
 Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

1. Mitteilungen

Geschäftsordnung

Ratspräsident Roman Schmid: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

2. Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Budgets für das Rechnungsjahr 2021 und die Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans 2021–2024

Antrag des Regierungsrates vom 26. August 2020, Nachtrag vom 23. September 2020 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 19. November 2020

Vorlage 5644b, *Fortsetzung der Beratung*

Leistungsgruppe 7501, Kinder- und Jugendhilfe
Budgetkredit Erfolgsrechnung

32 Antrag KBIK/FIKO

Verbesserung: 1'600'000

Von R19 auf B21 sind 48.5 neue Stellen eingeplant. Davon sollen 37 für die Umsetzung des KJHG eingesetzt werden und 5.7 für das KJG. Es verbleiben damit 5.8 Stellen, die nicht begründet sind. Des Weiteren hiess es, dass beim KJG die Umsetzung nicht zu Mehrkosten führen wird, doch nun sind dafür 5.7 Stellen eingeplant. Die 37 Stellen für das KJHG und damit für die Gewährleistung der KESB-Aufgaben sind nicht bestritten, diese Stellen konnten begründet werden. Jedoch sind die anderen 11.5 Stellen (5.7 KJG und 5.8 Weitere) unbegründet. Sie sollen deshalb gestrichen bzw. anderweitig kompensiert werden.

32a Minderheitsantrag Karin Fehr Thoma, Hanspeter Hugentobler, Carmen Marty Fässler, Qëndresa Sadriu (i.V. Sahra Akanji), Judith Stofer, Monika Wicki und Kathrin Wydler (KBIK):

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

KEF-Erklärung 35

Fortschreibung des 2021 reduzierten Stellenaufbaus

Antrag von Christa Stünzi, Daniela Güller:

Der Saldo der Erfolgsrechnung wird in den Jahren 2022 bis 2024 um jeweils 1.6 Mio. Franken verbessert.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg), Präsident der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Kommen Sie näher; es liegen noch zwei Kuchenstücke auf dem Buffet der KBIK. Und das erste, das kann ich Ihnen versprechen, hat es in sich. Mit dem AJB (*Amt für Jugend und Berufsberatung*) ist – neben dem Lehrmittelverlag – dieses Jahr noch eine zweite Leistungsgruppe in den Fokus der KBIK geraten. Und was für

emotionale Diskussionen wurden geführt! Auch im Rat wurde verschiedentlich schon der Stellenausbau des AJB kritisiert. Sie erinnern sich vielleicht an die Debatte hier um den Nachtragskredit. Wir in der KBIK erinnern uns, dass bei der Gesetzesberatung des KJG (*Kinder- und Jugendheimgesetz*) eine kostenneutrale Umsetzung versprochen wurde. Gleichzeitig mussten wir feststellen, dass im AJB fast 50 neue Stellen geplant werden. In epischen Diskussionen gab es teilweise unklare Aussagen und Angaben, wofür diese Stellen gebraucht werden. Mittlerweile scheint es klar: 37 sind für die Umsetzung des KJHG (*Kinder- und Jugendhilfegesetz*) vorgesehen, quasi Altlasten. Die Aufgaben für die Gemeinden, die mit diesen Stellen wahrgenommen werden, sind relativ unbestritten in der KBIK, folglich sind es die 37 Stellen auch. Es verbleiben aber noch 5,7 Stellen für die Umsetzung des KJG und 5,8 Stellen für sogenannte weitere Aufgaben. Diese Erhöhung von 11,5 Stellen lehnt die KBIK-Mehrheit ab und nimmt deshalb den Budget-Antrag 32 und die dazugehörige KEF-Erklärung an. Ich danke Ihnen für die Überweisung. Ich danke Ihnen im Namen der KBIK für das Annehmen an der Diskussion. Ich hätte hiermit wahrscheinlich für meinen Teil geschlossen. Danke.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Ich spreche für die Minderheit CVP, EVP, SP, AL und Grüne zum Kürzungsantrag 32 und zur KEF-Erklärung 35 der GLP.

Die drei bürgerlichen Parteien verlangen in der Leistungsgruppe 7501, Kinder- und Jugendhilfe, ab 2021 bis 2024 jährlich je eine Einsparung von 1,6 Millionen Franken. Bei der Begründung für den geforderten Stellenverzicht nehmen es die drei Parteien aber nicht sehr genau. Ihre Aussage – so steht es im Antrag: Für einen Teil der zusätzlich beantragten Stellen gebe es keine Begründung. Das ist nachweislich falsch: Die Bildungsdirektion hat uns genauestens aufgezeigt, wofür die einzelnen Stellen benötigt werden. Sie alle beruhen auf Gesetzesvorlagen, die wir in diesem Parlament beschlossen haben. Wenn nun SVP, FDP und GLP diese Stellen für das KJG streichen oder allenfalls anderweitig kompensiert haben wollen, behindern sie ausschliesslich die Umsetzung dieser Reformen. Der SVP kommt das gelegen, sie war schon immer gegen das KJG. Warum aber machen hier FDP und GLP mit?

Auch die zweite Aussage bezüglich der Kostenneutralität bedarf der Präzisierung: Die Bildungsdirektion hat uns während der Gesetzesberatungen immer aufgezeigt, dass es für die Mehrarbeit, die laut Bildungsdirektion auf das AJB zukommen wird, auch zusätzlicher Stellen

bedarf. Und es erklärt sich eigentlich von selbst, dass diese Kostenneutralität oder der Kompensationseffekt nicht von Beginn weg realisiert werden kann. Wie in einer Firma: Zuerst investieren, dann profitieren. Dann, Hanspeter Hugentobler hat es in seinem Eintretensvotum erwähnt: Die KJG-Vorlage der Regierung wurde vom Kantonsrat abgeändert. Der berühmte Deal – ursprünglich von FDP und SP eingefädelt – hiess: Wir erweitern die Vorlage, wir machen sie etwas komplizierter, dafür erhöhen wir den Kostenanteil durch den Kanton. Wir lehnen ab.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Nun kommen wir zu einer der wirklich ärgerlichen Budget-Positionen. Das AJB ist leider irgendwie gewachsen. Und es wächst immer weiter. Das ärgert uns massiv, denn hier wird in Bürokratie investiert. Ich möchte hier noch einmal erinnern: Die 37 Stellen, die direkt den Jugendlichen zugutekommen, die das auch nötig haben, sind nicht bestritten. Die waren auch in der KBIK nicht bestritten, die sind auch bei uns in der Partei nicht bestritten. Es geht also um die Stellen beim KJG.

Um hier auf Karin Fehr zu antworten: Zuerst hiess es, das Gesetz ist kostenneutral. Dann wurde auf die Anfrage von Christoph Ziegler und Hanspeter Hugentobler (*KR-Nr. 164/2019*) – man wollte wissen, ob hier ein Bürokratie-Monster im Entstehen ist – geantwortet, man brauche vier Stellen. Letztes Jahr hat man dann 9,8 Stellen geschaffen. Das sind bereits 5,8 Stellen mehr als in der Anfrage, die letztes Jahr beantwortet wurde, genannt. Und nun sollen weitere 5,7 Stellen hinzukommen. Entschuldigung, wenn das kein Bürokratie-Monster ist, dann weiss ich auch nicht. Dieses Bürokratie-Monster müssen wir hier und heute aufhören zu füttern. Es ist Zeit, dass wir hier eingreifen und einen Marschhalt vornehmen. Wir fordern, dass diese Stellen jetzt nicht geschaffen werden und dass auch im KEF fortgeschrieben wird, dass man es bei diesen 9,8 Stellen belässt. Es muss wirklich möglich sein, dass man dieses Gesetz, dass zuerst als kostenneutral angepriesen wurde, mit 9,8 Stellen umsetzen kann. Vielen Dank.

Monika Wicki (SP, Zürich): 2013 wurden anstelle der 160 Vormundschaftsbehörden 13 neue Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden geschaffen. Das AJB führte seither Aufträge im Auftrag der KESB (*Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde*) aus, was zu einem beachtlichen Mehraufwand führte. Ich sagte es, 2013 hat das begonnen. Für diesen Mehraufwand wurden während sieben Jahre keine zusätzlichen Stellen in der Leistungsgruppe 7501 geschaffen. Das AJB hatte keine Stellen beantragt, weil auf die Beratungen zum KJG und den Erlass der neuen

Verordnungen gewartet wurde. Ziel war es, einen grossen Teil dieser Aufgaben, die die KESB dem AJB übergeben, an die Gemeinden abzugeben. Dies aber haben die Gemeinden deutlich abgelehnt. Aus diesem Grund mussten zahlreiche neue Stellen geschaffen werden, was auch richtig ist. Der Nachtragskredit wurde ja auch bewilligt. Es stimmt, diese Stellen werden nicht bestritten, aber es muss gesagt werden, über sieben Jahr hinweg haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim AJB und für das KJG diese Arbeit geleistet, neben dem, was sie ohnehin zu leisten haben. Es war ein riesiger Mehraufwand.

Dass die Umsetzung des KJG so lange dauert, zeigt, welche Knappheit beim Personal in der Leistungsgruppe 7501 vorhanden ist. Genau genommen müsste man schon fast sagen, die benötigten Stellen hätten schon längst beantragt werden müssen. Es ist höchste Zeit, dass diese wichtigen Arbeiten für schutzbedürftige Kinder und Jugendliche im Kanton Zürich schnell und professionell gemacht werden können. Verzögerungen sind in diesem Bereich nicht zu dulden. Auch für die Umsetzung des KJG ist es höchste Zeit. Die geschaffenen und zu schaffenden Stellen sollen dies ermöglichen. Die SP lehnt den Kürzungsantrag und die KEF-Erklärung natürlich ab.

Yvonne Bürgin (CVP, Rüti): Ich spreche für die CVP und gebe zusätzlich meine Interessenbindung bekannt als Präsidentin der Jugendhilfekommission (*JUHIKO*). Diese Fachkommission, deren Wahl vom Kantonsrat genehmigt wird, nimmt Stellung zu Fragen der Kinder- und Jugendhilfe.

Das neue Kinder- und Jugendheimgesetz, das KJG, hat zum Ziel, die Betreuung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen sicherzustellen. Wir haben das Gesetz im Jahre 2017 beraten und beschlossen. Das KJG ist aber noch nicht in Kraft und darf auch nicht verwechselt werden mit dem KJHG, dem Kinder- und Jugendhilfegesetz. Ich bin froh, dass die meisten hier drin das langsam begriffen haben. Für die Umsetzung des Kinder- und Jugendheimgesetzes sind total 17 Stellen vorgesehen, geplant gemäss RRB-Nr. 294/2019, für die angestrebte kantonale Gesamtplanung und die vorgesehene Qualitätssteigerung und -Sicherung. Mit diesem Antrag wollen Sie nun der geplanten Umsetzung auf der Zielgeraden ein Bein stellen und 5,7 Stellen streichen. Als einzigen Grund höre ich immer nur, dass versprochen wurde, das KJG kostenneutral umzusetzen. Ja, es wurde versprochen, dass die Umsetzung saldoneutral sein wird, aber nicht stellenneutral und vor allem nicht, bevor es in Kraft ist. Schauen Sie, liebe Christa Stünzi, den KEF genau an und Sie sehen erste Synergien und

Aufwandoptimierungen sind ab 2023 eingestellt. Indem Sie heute die nötigen Vorbereitungsarbeiten torpedieren, werden Sie den ordentlichen Vollzug verzögern. Verlierer sein werden dabei die Gemeinden, welche die Umsetzung, so wie sie vorgesehen ist, gewünscht haben. Und weitere Verlierer werden die Familien und die Kinder- und Jugendlichen sein, welche auf sichere und qualitativ gute Heimpflegeangebote, sozialpädagogische Familienhilfen oder auf andere ergänzende Hilfen zur Erziehung, zum Beispiel Pflegefamilien, angewiesen sind. Bitte lehnen Sie diesen Budgetantrag ab.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Man muss schon die ganze Geschichte sehen: Es gab einst die sogenannten Bezirkssekretariate. Da haben im Auftrag der Gemeinden eigentlich die Bezirksjugendsekretariate die Aufgaben erfüllt. Die Bezirksjugendsekretariate wurden mit dem KJHG aufgelöst. Es gab die kantonale Jugendhilfekommission und die Jugendhilfeeregionen. Aufgaben sind dann eben an den Kanton gegangen. Später haben wir 2017 das Kinder- und Jugendheimgesetz verabschiedet. Offenbar hat das Amt für Jugend und Berufsberatung gewisse Aufgaben eben von den Bezirksjugendsekretariaten immer noch ausgeführt für die Gemeinden. Und es wurde beim Kinder- und Jugendheimgesetz gesagt, es führe nicht zu einem Stellenwachstum beim Kanton. Jetzt plötzlich im Jahr 2020/2021 kommt die Regierung und möchte die Zeche einziehen, was früher eigentlich bei der Zentralisierung im Rahmen des KJHG und eben dann zehn Jahre später im Rahmen des KJG verbockt worden ist, also, eigentlich ist die Zentralisierung nie mit den richtigen Kosten versehen worden – schon beim Kinder- und Jugendhilfegesetz und auch nicht beim Kinder- und Jugendheimgesetz. Das ist nicht redlich. Deshalb müssen wir diesen Antrag annehmen.

Christa Stünzi (GLP, Horgen) spricht zum zweiten Mal: Liebe Yvonne Bürgin, ich bin etwas irritiert. Wenn man ein Gesetz kostenneutral umsetzen will, und, noch bevor das Gesetz in Kraft tritt, massiv Stellen einplant und dann von Kostenneutralität spricht, dann ist mir das irgendwie fremd. Denn, jede Stelle, die geschaffen wird für die Umsetzung dieses Gesetzes, muss auch diesem Gesetz zugerechnet werden. Noch eine zweite Bemerkung: Nun war die Rede bereits von 17,8 Stellen. Wenn ich 9,8 plus 5,7 zusammenzähle, komme ich nicht auf 17,8. Und in einer Antwort in der KBIK hiess es sogar 19 Stellen. Das ist unser Problem. Man wirft beim AJB ständig mit neuen Stellenzahlen

um sich. Wir wollen einfach, dass das aufhört. Sie haben 9,8 Stellen; die haben wir letztes Jahr bewilligt. Die müssen reichen. Vielen Dank.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte die GLP schon bitten, sich wirklich auch mit der Materie dieses Gesetzes auseinanderzusetzen. Es genügt eben nicht, einfach ein Bürokratiemonster herbeizureden. Yvonne Bürgin hat es schön gesagt: Wir sind jetzt auf der Zielgeraden, bevor diese Umsetzung wirklich über die Bühne gehen kann. Es ist nicht einfach so, dass das AJB irgendetwas tut und niemand davon beeinflusst werden wird. Daran hängen zig Kinder- und Jugendheime, die sich seit Jahren auch parallel zu den Arbeiten des AJB auf diese Umsetzung vorbereiten. Auch das generiert Kosten. Wenn wir hier einfach vorschnell sagen: Ach, zu viel Bürokratie, streicht diese Stellen, dann ist es nicht nur das AJB, das darunter leidet, sondern eben auch all die Kinder- und Jugendheime, die hier für diese Umstellung schon enorm viel investiert haben. Ich rede hier auch, weil ich Stiftungsrätin bei der Stiftung «Zürcher Kinder- und Jugendheime» bin. Seit Jahren beschäftigen wir uns mit dieser Umstellung. Und auch das kostet. Deswegen: Es wird nicht billiger, wenn ihr jetzt Stellen streicht, sondern ihr verteuert die ganze Übung, indem ihr sie letztlich weiterhin hinauszögert. Das ist der Skandal. Danke.

Regierungspräsidentin Silvia Steiner: Alle im Bereich der Jugendhilfe in den letzten Jahren geschaffenen Stellen sind sachlich begründet und gesetzlich notwendig. Der weitaus grösste Teil dieser Stellen, das heisst 37, betrifft das Kinder- und Jugendhilfegesetz, KJHG. Dabei geht es um Jugendhilfestellen, die für die Erfüllung der KESB-Aufgaben benötigt werden. Diesen Stellen haben Sie bekanntlich – ich hoffe, dass Sie sich erinnern – ausdrücklich im Rahmen eines Nachtragskredites zugestimmt. Sie haben mir ja damals Erpressung vorgeworfen, wahrscheinlich nicht im strafrechtlichen Sinn, aber immerhin. Ich habe Ihnen damals klar gesagt, dass sei eine Massnahme, die eine Kinderschutzmassnahme ist und die vor allem die Gemeinden entlasten soll. Es war übrigens auch ein ausdrücklicher Wunsch der Gemeinden, denn auch diese Massnahme dient dem Schutz der Schwächsten. Es ist eine Kinderschutzmassnahme. Die Gemeindevertreter haben mir mehrfach gesagt, dass diese Fälle so komplex sind, dass sie sie eben nicht behandeln können. Das macht, nach Durchsetzung dieser Revision, dann der Kanton. Ich verstehe die Gemeindevertreter wirklich nicht. Ich werde darauf angesprochen, dass sie es nicht handhaben können. Sie haben diesem Nachtragskredit zwar zugestimmt, aber kürzen jetzt wieder. Ja, was

wollen Sie denn jetzt? Dass sie vom Kanton entlastet werden oder nicht? Das AJB wird Ihnen diese schwierige Aufgabe in Zukunft abnehmen.

Insgesamt – und jetzt komme ich zum KJG, damit das klar ist – 17 neue Stellen hat der Regierungsrat 2019 für die Umsetzung des neuen Kinder- und Jugendheimgesetzes, KJG, bewilligt. Die Kosten dieser neuen Stellen sollen durch die verbesserten Steuerungsmöglichkeiten kompensiert werden. Das ist natürlich erst nach Inkraftsetzung des KJG möglich. Was daran so schwierig zu verstehen ist, kann ich nicht nachvollziehen.

Hinzu kam noch eine Stelle für eine neue gesetzliche Aufgabe gemäss Artikel 268 ZGB (*Zivilgesetzbuch*), wo es um die Beratung und Erteilung von Auskünften über die leiblichen Eltern, und über deren direkte Nachkommen und über adoptierte Personen geht sowie zwei befristete Stellen zur Verkürzung der Wartezeiten in der Bearbeitung von Stipendiodossiers. Diese zwei Stellen im Stipendienbereich werden Ende Jahr wieder abgebaut.

Wenn wir von Kinderschutz sprechen, sprechen wir von ganz grossen Problemen für die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Sie alle tragen Verantwortung dafür, dass die Fehler, die an diesen Kindern begangen worden sind oder immer noch begangen werden, dass wir diese aushebeln, gemeinsam aushebeln, und diesen Kindern eine Möglichkeit geben, wieder auf einen Weg zu kommen, auf dem ihnen eine Chance gewährt wird. Das macht das AJB. Es ist ein Fakt, dass das Handling von Risikofällen, die höchstens 5 Prozent der Kinder ausmachen, ein Mehrfaches an Aufwand erfordern, als das Handling der Kinder, die in geordneten und guten Verhältnissen bei liebevollen Eltern aufwachsen. Also, denken Sie einmal daran. Ich glaube nicht, dass das Problem einfach nur mit Zahlen und mit Budget-Kürzungen gelöst werden kann.

Abstimmung

Der Antrag 32 der KBIK/FIKO wird dem Minderheitsantrag 32a Fehr Thoma gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 92 : 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag 32 der KBIK/FIKO zuzustimmen.

Abstimmung über KEF-Erklärung Nr. 35

Der Kantonsrat stimmt der Überweisung der KEF-Erklärung 35 mit 90 : 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

KEF-Erklärung 36

B18 Durchlaufzeit der Stipendien- und Darlehensgesuche nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen, in Tagen

Antrag von Karin Fehr Thoma und Judith Stofer:

	P21	P22	P23	P24
Alt	120	110	100	90
Neu	75	75	75	75

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Hier geht es um die KEF-Erklärung 36, Durchlaufzeit der Stipendien- und Darlehensgesuche nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen. Grundsätzlich sind Personen in Ausbildung und ihre Familien für die Finanzierung der Ausbildung verantwortlich. Wer eine Ausbildung nicht vollständig selber finanzieren kann, kann beim Kanton ein Gesuch einreichen. Die Gesuche werden von den Betroffenen selbst, häufig auch von ihren Gemeinden für ihre Klientinnen und Klienten eingereicht. Dass die Gesuche zügig bearbeitet werden, liegt also im Interesse breiter Kreise. Genau deshalb beantragen wir Grünen und die AL, dass der Zürcher Regierungsrat als Zielwert an der im Rechnungsjahr 2019 erreichten Durchlaufzeit der Gesuche von 75 Tagen festhält.

Als der Regierungsrat diesen Indikator 2016 erstmals einführte, setzte er sich eine Durchlaufzeit von 70 Tagen zum Ziel. Er brauchte dann aber ganze vier Jahre, bis er sein Ziel 2019 erstmals erreichte. Warum er nun ausgerechnet im KEF 2021 bis 2024 sein Ziel wieder aufgeben und eine längere Durchlaufzeit beanspruchen will, ist für uns unverständlich. Kein Sportler würde in einem solchen Fall seine Ziele nach unten korrigieren. Im Gegenteil: Eine Sportlerin würde sich zu verbessern versuchen. Mit unserer KEF-Erklärung wollen wir bei der Bildungsdirektion genau eine solche Sportlermentalität entfachen. Dafür fordern wir explizit keine zusätzlichen Ressourcen. Die Bildungsdirektion soll ganz einfach weiterhin zügig ihren Job gut machen. Neu steht den Gestellern auch ein digitales Tool zur Verfügung. Die Betroffenen, alle Gemeinden, weitere Institutionen und wir werden der Bildungsdirektion auf ewig dankbar sein, wenn sie am Zielwert von 75 Tagen festhalten würde. Danke.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Karin Fehr hat es gut erklärt: Zielvorgaben sind dafür da, dass man sich ein Ziel steckt. Das darf auch ruhig etwas herausfordernd sein. Es muss wirklich so sein, dass die Zielvorgaben hier, diese Durchlaufzeit, möglichst tief zu halten sind mit den entsprechenden Ressourcen, die jetzt vorliegen. Anscheinend hat das 2019 geklappt. Wir sind der Ansicht, dass das auch weiterhin möglich

sein muss mit den entsprechenden Ressourcen, diese Zielvorgabe zu erreichen. Es ist für uns unverständlich, weshalb man nun eine erhöhte Durchlaufzeit einplanen will. Das kann nicht im Sinn einer Zielvorgabe sein. Wir unterstützen diese KEF-Erklärung.

Abstimmung über KEF-Erklärung Nr. 36

Der Kantonsrat lehnt die Überweisung der KEF-Erklärung 36 mit 88 : 81 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Leistungsgruppe 7502, Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Ratspräsident Roman Schmid: Die KEF-Erklärung Nummer 37 wurde zurückgezogen.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Leistungsgruppe 7930, Berufsbildungsfonds

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Roman Schmid: Damit haben wir die Bildungsdirektion durchberaten. Frau Bildungsdirektorin, Frau Regierungspräsidentin, liebe Silvia, vielen Dank für deine Anwesenheit. Ich wünsche einen schönen Abend. Gutes Nachhausekommen.

Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Organisationen)

Leistungsgruppe 9300, Zürcher Verkehrsverbund

Leistungsgruppe 9600, Universität Zürich

Leistungsgruppe 9690, Zentralbibliothek

Leistungsgruppe 9710, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Leistungsgruppe 9720, Zürcher Hochschule der Künste

Leistungsgruppe 9740, Pädagogische Hochschule Zürich

Leistungsgruppe 9510, Universitätsspital Zürich

Leistungsgruppe 9520, Kantonsspital Winterthur

Leistungsgruppe 9530, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich

Leistungsgruppe 9540, Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland

Leistungsgruppe 9800, Legate

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Übrige Organisationen (nicht zu konsolidierende Anstalten)

Leistungsgruppe 9200, Arbeitslosenkasse

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Minderheitsantrag von Jürg Sulser, Elisabeth Pflugshaupt und Romane Roggenmoser:

Ablehnung des Budgets 2021.

Jürg Sulser (SVP, Otelfingen): Der Titel meines Referates heisst «Corona infiziert zunehmend die Finanzen des Kantons Zürich». Die SVP des Kantons Zürich steht angesichts der andauernden Pandemie zu ihrer Überzeugung, dass es nichts bringt, die aktuelle Budget-Situation schönzureden. Je nach dem wie lange die Corona-Krise (*Covid-19-Pandemie*) andauert, wird unsere Wirtschaft und Gesellschaft immer mehr belastet. Der Kanton Zürich wird die langfristigen Auswirkungen von Covid-19 erst im Jahr 2021 und in weiteren Jahren so richtig zu spüren bekommen. Doch der linksgrün dominierte Kantonsrat verpasst es bewusst, die Finanzen im Lot zu halten, weil er die Steuern erhöhen will. Die linksgrüne Mehrheit erhöht, ohne aufs Geld zu schauen, laufend die Ausgaben, und zwar so, als wenn es die Corona-Krise gar nicht geben würde. Sofern Sie keine Steuererhöhungen wollen, dann stoppen Sie die Unterstützung des linksgrünen Wunschzettels. Wir wollen keine Umverteilung und schon gar keine Selbstbedienung am Staat. Wir können es uns schlicht nicht mehr leisten, jegliche abstruse Anspruchshaltung für alle und jederzeit zur Verfügung zu stellen. Es gilt unter allen Umständen, eine Steuerfusserhöhung zu verhindern, welche aus Sicht der SVP Gift wäre für das schon heute durch die Corona-Krise geschwächte Gewerbe und Wirtschaft sowohl die gebeutelten Bürgerinnen und Bürger, denn die Corona-Folgen drücken schon jetzt schwer auf das Budget, und die langfristigen Folgen sind dabei noch nicht abzuschätzen. Wir wollen einen gesunden Finanzhaushalt, der keine langfristigen Schulden für unsere nachfolgenden Generationen anhäuft. Zudem wollen wir einen wettbewerbsfähigen Kanton Zürich. Es ist Solidarität auf Seiten der Verwaltung gefragt. Daher erwarten wir von der Verwaltung einen entscheidenden finanziellen Beitrag zur Stabilisierung des Finanzhaushaltes. Das Budget 2021 wird mit einem Aufwandüberschuss von rund 525 Millionen Franken enden. Dies ist für die SVP

nicht tragbar. Die SVP lehnt aus all diesen Gründen das vorliegende Budget ab. Besten Dank.

Mir vo dä SVP wünsched Ihne allne da inne schöni Wiehnachte. Danke.

Ratspräsident Roman Schmid: Nun kommen wir zur Elefantenrunde (*Schlussrunde der Fraktionspräsidien*).

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ernüchternde Bilanz. Wir haben es geschafft; in neun Sitzungen haben wir das Budget und den KEF beraten.

Das Budget mit den Novemberbriefen des Regierungsrates hat ein Defizit von 525 Millionen Franken und wurde nach Beratung von über 30 Budget-Anträgen und über 50 KEF-Erklärungen um rund 17 Millionen Franken verbessert. Wir haben also 0,1 Prozent oder 1 Promille verbessert, dies bei einer Budget-Ungenauigkeit von rund 100 Millionen Franken, mit anderen Worten, wir haben 20 Stunden Kosmetik betrieben. Das zeugt schon eher von Eitelkeit und Selbstdarstellung als von tatsächlichem Willen für eine neue Frisur. Die SVP ist überzeugt, dass der Kantonsrat statt eines Kosmetik-Studios besser einen Coiffeur-Termin gebucht hätte für die Budget-Sitzungen.

Wir ziehen keine positive Bilanz. Wir haben bereits früh unsere drei Ziele kommuniziert: Erstens, wir brauchen Covid-Hilfspakete, die helfen, dem stark betroffenen Gewerbe über die Runden zu kommen. Zweitens, im ordentlichen Budget soll das Wachstum gebremst und der Kantonshaushalt soll auf die aktuelle Krise reagieren. Mit 2 Prozent Einsparungen bei allen relevanten Leistungsgruppen hätten alle im Kanton einen verkraftbaren Beitrag zur Bewältigung der Krise beigesteuert. Drittens, der mittelfristige Ausgleich in der KEF-Periode ist zu verbessern. Auf eine Steuerfusserhöhung muss unbedingt verzichtet werden; das wäre zum jetzigen Zeitpunkt Gift. Der erste Punkt ist erfüllt, der zweite und der dritte nicht.

Die SVP nimmt die Verantwortung war und hat konkrete Anträge formuliert, wo wir Handlungsbedarf und Spielraum sehen. Ganz im Gegensatz zur linken Ratsseite, die sich offensichtlich ihrer Regierungsverantwortung nicht bewusst ist und sorglos Anträge für Budget-Verschlechterungen einreicht, die den Regierungsrat zu einem Spar-Programm zwingen wird. Wenn die linke Ratsseite proklamiert, dass der Regierungsrat nach wie vor bürgerlich ist, so möchte ich doch festhalten, dass im Parlament eine linke Mehrheit dominiert und diese den Wunschzettel bestellt. Der Regierungsrat macht lediglich seine Arbeit, indem er Beschlüsse der Legislative umsetzt. So frage ich mich schon,

ob sich alle Parteien über ihr Verhalten bewusst sind, werden doch von links munter zusätzliche Kosten von den Gemeinden auf den Kanton überwältigt und neue Ausgaben beschlossen.

Unverständlich ist das Verhalten der GLP und teilweise auch der CVP. Munter wird neuen Aufgaben und Ausgaben zugestimmt, massgebende Budget-Verbesserungen werden abgelehnt und gleichzeitig verlangt Ihr die zweite Etappe der STAF17 (*Steuerreform und AHV-Finanzierung*). Bestellen und nicht bezahlen, das nennt sich Zechprellerei, liebe GLP. Das geht nicht auf. Offensichtlich wisst Ihr noch nicht, in welche Richtung Ihr finanzpolitisch marschieren sollt. Das erinnert fast ein bisschen an eine junge Katze, die sich ständig in den Schwanz beisst und sich im Kreis dreht. Ein Tipp, liebe GLP: Versucht es doch mal mit einem Kompass, der ändert seine Richtung nicht; er zeigt immer in die gleiche Richtung.

Wie der Wolf im Schafspelz spielen sich Grüne und SP plötzlich als grosszügige Retter von Gewerbe und Wirtschaft auf. Geld verteilen, das noch nicht verdient ist, beherrschen diese Parteien. Um sich auch noch ein wenig bemerkbar zu machen, zieht die AL jeweils wie die alte Fasnacht mit. Zahlen müssen es am Ende die Wirtschaft und die künftigen Generationen.

Ja, wir haben einen guten Finanzdirektor (*Regierungsrat Ernst Stocker*). Er zeigt ihnen den Spiegel, in dem er aufzeigt, was die Bestellung des Parlamentes kostet. Als erster Kanton konnten wir über Notkredite und nun über das Härtefallprogramm beschliessen. Das gibt Sicherheit für das Gewerbe und sichert die Arbeitsplätze. Wir sind sehr froh, steht der Kanton Zürich dank jahrelanger haushälterischer, bürgerlicher Finanzpolitik gut da und kann die Härtefallprogramme stemmen.

Düsterer sieht der KEF aus. Der Kanton verschuldet sich weiterhin in einem Masse, das für unsere Kinder und für die nächste Generation nicht zumutbar ist. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt auf einen Tiefstand und fällt unter 30 Prozent, im nächsten Jahr sogar unter 5 Prozent. Das heisst, wir machen zusätzliche Schulden. Das ist nicht die Politik der SVP.

Ja, wir sind in einem Ausnahmezustand. Was heute gilt, ist morgen bereits überholt. Unsere Vorschläge wären eine Abmagerungskur gewesen: Nur einmal auf das Dessert zu verzichten. Dabei hätte niemand hungern müssen.

Zusammenfassend: Der Kanton Zürich leistet sich dank des in früheren Jahren soliden bürgerlichen Finanzkurses ein tiefrotes Budget. Der

Kantonsrat hat etwas Kosmetik betrieben, das Budget um ganze 1 Promille verbessert. Chirurgie, nicht Kosmetik wäre angebracht. Wir wollen weiterhin einen attraktiven Wirtschafts- und Lebensstandort erhalten. Wir lehnen das Budget ab und nehmen den KEF zur Kenntnis. Die SVP zieht eine ernüchternde Bilanz.

Wir danken dem Finanzdirektor und seinem Team für die Vorlage und das umsichtige Haushalten mit den Kantonsfinanzen. Ihnen allen Frohe Festtage und «en guetä Rutsch». Bleiben Sie gesund.

Markus Späth-Walter (SP, Feuerthalen): Systemrelevant ist das Wort des Jahres; selten hat die Jury ein besseres ausgewählt. Corona hat uns gelehrt, wie unverzichtbar Schulen, Kinderbetreuung, Polizei und vor allem auch Spitäler und Pflege sind. Selbst die Hohepriester des Liberalismus müssen zähneknirschend eingestehen: Der Staat als Ganzes ist systemrelevant. Der FDP-Uraltslogan «weniger Staat» erinnert in dieser Budgetdebatte ein wenig an einen Alpsegen: Er tönt laut und schaurig, ist aber echt aus der Zeit gefallen. In einer Krise, wie wir sie gerade durchleben, kann offensichtlich nur der Staat die nötigen Massnahmen beschliessen und den Krisenopfern gezielt und rasch Hilfe leisten.

Corona hat die Klima-Katastrophe zwar vorübergehend etwas verdrängt; dies völlig zu Unrecht. Auch hier gilt aber wie in der Pandemiebekämpfung: Die Zeit für Appelle an die Vernunft und an die individuelle Selbstverantwortung ist längst abgelaufen; auch hier kommen wir schlicht nicht um klare gesetzliche Massnahme herum. Wenn der Staat die ihm zufallende Rolle, in normalen und in Krisenzeiten, wirklich effizient wahrnehmen will, braucht er die nötigen Ressourcen, vor allem aber benötigt er qualifiziertes und hoch motiviertes Personal. Dafür kommt dem Kantonsrat eine hohe Verantwortung zu. Werden wir dieser Verantwortung mit diesem Budget gerecht?

Die Bilanz fällt zwiespältig aus. Auf der positiven Seite verbuchen wir das Scheitern der Sammelanträge bei der Reptilien-Leistungsgruppe 4950. Dass die rechten Fraktionen sich nicht einigen konnten, ist ihnen hoch anzurechnen. Besonders positiv ins Gewicht fallen die Höhe der Investitionen; das ist der zweite Punkt. Unzählige KMU-Betriebe werden es uns nächstes Jahr danken. Dass die besonders schädlichen Mittelschul-Anträge der Herren Bourgeois (*Marc Bourgeois*) und Hauser (*Matthias Hauser*) grossmehrheitlich gescheitert sind, ist zumindest erfreulich. Negativ zu Buche schlagen für die SP vor allem die folgenden Entscheide: Einmal mehr hat es die Ratsmehrheit fertiggebracht, dem Personal die verdiente Anerkennung vorzuenthalten. Unverständlich

für uns war dabei vor allem, dass die Grünen den Corona-Bonus abgelehnt haben. Mit ihrer formalistischen Argumentation haben sie sich leider aus der Lohndiskussion abgemeldet. Die Stellenstreichungen beim Staatsarchiv, bei der Aufsicht im Gesundheitswesen, die verweigerter Erhöhung des Stellenetats beim Steueramt und bei der Gleichstellungsfachstelle haben mit rationaler Politik wenig zu tun. Wirklich übel aber sind die Kürzungen bei der interkantonalen Schule für Heilpädagogik, die Streichungen bei der Kultur und die völlig willkürlichen Kürzungen bei den Hochschulen und bei der Kinder- und Jugendhilfe. Neben der FDP, die das schon lange so hält, hat sich mit diesen entlarvend sinnentleerten Spar-Anträgen auch die GLP als ernstzunehmende Bildungspartei abgemeldet. So viel zur linken Mehrheit in diesem Rat, lieber Martin Hübscher.

Die SP stimmt diesem Voranschlag trotzdem zu, weil er, wie in der Grundsatzdebatte gefordert, wesentliche antizyklische Elemente enthält. Der Kanton Zürich kann sich diese Politik leisten. Ein Defizit von rund 500 Millionen Franken ist zwar kein Grund zur Freude, aber auch kein Grund in Panik zu verfallen. Der Kanton – man muss es immer wieder sagen – ist kein gewinnorientiertes Privatunternehmen. Zudem haben die Jahresrechnungen der letzten fünf Jahre im Schnitt um rund 300 Millionen Franken besser abgeschnitten als budgetiert. Der Kanton hat in fünf Jahren einen Ertragsüberschuss von kumuliert rund 1,5 Milliarden Franken erzielt und seine Netto-Schulden um rund 1,1 Milliarden Franken abbauen können. Die Erträge sind in den vergangenen fünf Jahren um 10 Prozent gewachsen, der Aufwand nur um 6,7 Prozent. Das ist nicht das Verdienst rechter Finanzpolitik; wirklich gespart hat die bürgerliche Mehrheit nämlich in den letzten Jahren kaum. Matchentscheidend ist vielmehr, dass es unserer Seite immer wieder gelungen ist, die rechten Angriffe auf die Steuer-Einnahmen zu verhindern. Das Lamento der unverbesserlichen Steuer-Senker und Spar-Apostel über den drohenden Staatsbankrott kommt mir deshalb vor, wie wenn Brandstifter durchs Dorf ziehen, Feuer entfachen und schliesslich mit einem markerschütterndem «Füürrio» nach der Feuerwehr schreien. Wir dagegen plädieren für eine Politik der ruhigen Hand und werden diesem Übergangsbudget zustimmen

Beatrix Frey-Eigenmann (FDP, Meilen): Die Budget-Debatte 2020 ist ein Wechselbad der Gefühle: Einerseits ist es eigentlich unglaublich, dass wir uns zu Corona-Zeiten, wo wir unsere Kontakte minimieren und uns auf das Wesentliche konzentrieren sollten, eine viertägige Budget-Schlacht um knapp 17 Millionen Franken liefern. Andererseits hätte uns

dieser ganz normale Budget-Wahnsinn sicherlich gefehlt; wenigstens einigen von uns.

Wir haben uns auch in diesem Jahr nichts geschenkt und das volle Programm abgeliefert: Der Wunschzettel von Links-Grün war üppig wie eh und je, es gab den üblichen Klassenkampf, ebenso wie das Beschwören von apokalyptischen Szenarien; wir haben sie vorhin gerade nochmals gehört beispielsweise auch von Karin Fehr: Sie fand schon in der Eintretensdebatte, das Bildungssystem werde kaputtgespart und Zukunft verunmöglicht, und dies wegen einer 2-Prozent-Kürzung im Konto 4950. Aus unserer Sicht ein ziemlich melodramatischer Auftritt, den sie heute wiederholt hat, und ein unangemessener Vergleich, wenn man bedenkt, wie viele KMU zurzeit ums Überleben kämpfen.

Ihr Herz für KMU entdeckt haben aber dafür die SP und die AL: Sie wollen sie heute mit Härtefall-Batzen überschütten, die sie ihnen schon morgen mit höheren Steuern wieder wegnehmen wollen. Markus Bischoff ist dabei wenigstens entwaffnend ehrlich und sagt: «Man sollte das Geld holen, wo es ist.» Kollege Forrer benutzt da schon lieber Fake News – sein offensichtlich neues Markenzeichen: So behauptete er in der Eintretensdebatte allen Ernstes, die Staatsquote sei in den letzten 30 Jahren nicht gestiegen. Lieber Thomas, das nächste Mal solltest du die Grafik vielleicht andersrum halten; die Staatsquote hat sich im Kanton Zürich seit 1990 nämlich mehr als verdoppelt.

Wir haben in den letzten zwei Wochen auch tiefe Einblicke in die Persönlichkeit unserer Kolleginnen und Kollegen erhalten: Beispielsweise Hannah Pfalzgraf, für die unsere 4950-Anträge eine wilde Abbau-Orgie sind. Ich hoffe für dich, dass dein Liebesleben etwas spektakulärer ist als unsere Anträge. (*Heiterkeit*)

Und schliesslich haben wir in dieser Budgetdebatte auch einiges gelernt: Zum Beispiel über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Pauschal- und Sammel-Anträgen. Ich bin froh, dass ich Cyrill von Plantas Ausführungen intellektuell gewachsen war. Wir haben auch gelernt, dass es eine Hochrisiko-Hauruck-Übung mit ungewissen Folgen ist, wenn wir während der Krise aus einem 17 Milliarden-Budget gerade einmal 17 Millionen Franken raussparen. Lieber Markus Schaaf: Ich gebe für die nächste Budget-Debatte schon mal vorsorglich den «Code Red» heraus, denn mit Corona im Nacken und der Ausgabenfreudigkeit der Umweltallianz wird die Budget-Debatte 2021 der pure Nervenkitzel. Die Budget-Debatte 2020 hingegen lässt sich einfach zusammenfassen: Der Berg wird eine Maus gebären, und dies nach einer stundenlangen Zangengeburt und mit hohem Blutverlust.

Die GLP hat auch letzte Woche auf Social Media gejubelt: Kantonsbudget auf GLP-Kurs. Da kann ich nur sagen: Leider. Unser Budget ist es nicht. Ein Minus von mehr als einer halben Milliarde Franken noch ohne Covid-Härtefall-Programm sind für uns definitiv kein Grund zum Jubeln. Die FDP stimmt dem Budget nur zu, weil wir der Regierung und der Verwaltung in dieser schwierigen Situation kein Not-Budget zumuten wollen. Enkeltaugliche Finanzpolitik sieht definitiv anders aus. Wir sind sehr gespannt, wie die GLP als Königmacherin mit ihrer spendierfreudigen Umwelt-Allianz im nächsten Jahr finanzpolitisch auf Kurs kommen will. Uns bleibt nur zu hoffen, dass sich im nächsten Jahr in ihrer Fraktion, Intelligenz statt Betonköpfe durchsetzen. Mit diesem frommen Wunsch möchte ich schliessen und Ihnen allen Frohe Festtage und ein gutes neues Jahr wünschen.

Michael Zeugin (GLP, Winterthur): Ein politisches System hat verschiedene Funktionen. Eine Aufgabe ist es unter anderem, dass in Zeiten von Krisen die richtigen Leute die Entscheide fällen. Und genau in einer solchen Zeit leben wir heute und jetzt.

Die GLP betreibt seit Jahren eine eigenständige und auch nachhaltige und progressive Finanz-Politik, die sich nicht in links und rechts – Sie haben es vorhin blumig gehört – einteilen lässt. Wir sind die einzige Fraktion, die die Nachhaltigkeit auf allen Ebenen vorantreibt, auch in Bezug auf die Finanzen. In der hinter uns liegenden Budget-Beratung haben verschiedene Fraktionen versucht, uns in eine Ecke zu stellen. Das ist nicht neu, und es ist auch nichts Neues, dass dabei die beiden Pol-Parteien dies mit einer Sprache machen, die radikalisiert. Von der Ratslinken bekommen wir seit Jahren vorgeworfen, dass wir mit dem Rasenmäher sparen. Meine lieben Ratslinken, das Ausgabenwachstum zu bremsen, ist kein Sparen. Wer mehr bekommt, bekommt mehr, auch wenn es weniger ist, als er oder sie sich gewünscht hat. Auch von uns ein Spoiler-Alarm: Einzelne Mitglieder der Ratslinken echauffieren sich laufend über die Fake News des «angry white man» im Weissen Haus (*gemeint ist US-Präsident Donald Trump*), nutzen aber selber die gleichen Mechanismen und Maschen und produzieren, wie oben ausgeführt, Fake News und johlen dabei und applaudieren.

Auf der anderen Seite wird uns – Sie haben es vorhin gehört – Wortbruch vorgeworfen, weil wir einer Allianz, der wir nie beigetreten sind, auch nicht blind folgen. Meine Damen und Herren aus der Ratsrechten, Sie haben in den vergangenen Tagen auch mit Bonmots versucht, uns zu positionieren: Jeder Franken der ausgegeben wird, muss zuerst ver-

dient werden. Oder: Man kann jeden Franken nur einmal ausgeben. Damit haben Sie natürlich recht, aber das ist, um in ihrem Rhythmus zu bleiben, nur die Kehrseite der Medaille. Es gibt eben auch die vordere Seite: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Und genau da stehen wir jetzt und heute. Die grünliberale Finanzpolitik geht haushälterisch mit den Finanzen um. Wir haben in den vergangenen Jahren immer gesagt, wo wir die Mittel freimachen, mit denen wir den nachhaltigen Umbau des Kantons Zürich realisieren und darin investieren wollen. Aber in diesem Jahr liegen die Realitäten einfach anders. Das Budget 2021 ist für uns ein Übergangsbudget. Unser Budget-Ziel war von Anfang an und ist es: Planbarkeit und Verlässlichkeit, sprich, wir wollen für die Bevölkerung und auch für die Unternehmen stabile Rahmenbedingungen. Ein Stück Sicherheit, wenn sie so wollen. Das nützt der Wirtschaft mehr als irgendein Mantra aus vergangenen Jahren; wir leben heute und jetzt. Und was wir ganz bestimmt nicht wollen, ist, mit einem pauschalen Antrag von 150 Millionen Franken zusätzliche Unsicherheit in die Verwaltung bringen. Wenn ich mich richtig erinnere, hat der Finanzdirektor, Ernst Stocker, Anfang der Pandemie trefflich formuliert: «Wir fliegen jetzt auf Sicht». Meine Damen und Herrn der SVP, das heisst, der Autopilot ist abgestellt. Mit Ihrem pauschalen Antrag und mit Ihrer Ablehnung des Budgets versuchen Sie, den Kanton Zürich wieder auf Autopiloten zu zwingen. Und das mitten im Sturm. Und dies, obwohl Ihr eigener Finanzdirektor im Cockpit sitzt. Wer jetzt das Budget ablehnt, nimmt bewusst und willentlich in Kauf, dass der Kanton Zürich mitten in der Krise weiter zusätzlich geschwächt wird.

Ich habe es eingangs erwähnt: Politische Systeme sind auch dazu da, dass in Krisen die richtigen Personen an den richtigen Stellen sind. Und wenn Sie von der SVP diese Verantwortung nicht wahrnehmen können oder wollen, seien Sie versichert, wir Grünliberalen stehen parat. Wir stehen in den Startlöchern, um Sie künftig von Ihrer Regierungsverantwortung zu erlösen. Und wir sind überzeugt, dass wir mit unserer grünliberalen Wirtschaftspolitik, die sowohl die Innovation wie den Wirtschaftsstandort Zürich stärkt, dass der Kanton Zürich in Zukunft damit besser fährt. Wir Grünliberalen stimmen deshalb dem vorliegenden Budget und dem KEF zu. Und wir sind auch zuversichtlich, dass mit genau diesem der Kanton Zürich für das kommende Jahr gut gewappnet ist und gut in das neue Jahr startet. Besten Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Acht Sitzungen haben wir debattiert und jetzt, am Ende, hat sich am Budget der Regierung kaum etwas geändert. Das ist nicht effizient, aber im Resultat richtig. Wir Grüne

begrüssen es, dass die Mehrheit dieses Rates erkannt hat, dass die Corona-Krise nicht die Zeit für finanzpolitische Hauruck-Übungen ist. In der Krise muss der Staat Kontinuität gewährleisten und stabilisierend eingreifen können; dafür braucht es Mittel. Die Sammelsparanträge von SVP und FDP waren falsch und verantwortungslos. Sie zeigen, dass man das vielbemühte Sprichwort, «Spare in der Zeit, dann hast du in der Not», nicht verstanden hat, denn die Not ist jetzt. Wir geben jetzt Millionen für das Contact Tracing aus, wir stellen Härtefall-Programme für unser Gewerbe auf die Beine, und wir müssen jetzt unsere Kulturschaffenden unterstützen. Weil sich Corona auf fast alle Lebensbereiche auswirkt, muss der Staat mit all seinen Ämtern und Abteilungen zu 200 Prozent funktionieren.

Dass Sie trotzdem 17 Millionen gekürzt haben in dieser Debatte, ist angesichts des Staatshaushalts von 16,5 Milliarden Franken unbedeutend. Bedeutend ist die Debatte vielmehr dort, wo sie gespart haben, wo die Mehrheit aus FDP, SVP und GLP gekürzt und gestrichen hat: bei der Universität und den Fachhochschulen. Liebe FDP, liebe GLP, da müssen Sie schon die Frage gefallen lassen, warum sie sich das Wort «Innovation» auf die Fahne schreiben, wenn sie doch genau dort sparen, wo die jungen Leute in unserem Kanton für die Entwicklung und Innovation ausgebildet werden. Zudem: Die Kürzungen bei der Bildung haben Sie mit Annahme der PI Geistlich (*KR-Nr. 377/2016*) am Montagmittag gleich wieder wettgemacht. Dadurch, dass Sie die vorbezogenen Rentenleistungen weniger besteuert haben wollen, fallen beim Kanton ziemlich genau 17 Millionen Franken weg, soviel, wie Sie nun beim Budget eingespart haben. Sie haben also klassische Umverteilung nach oben betrieben, die Bildung muss für die Wohlhabendsten unter den Rentnern zahlen. Und für den Haushalt verbleibt am Schluss eine Verbesserung von praktisch null.

Problematisch bei dieser Debatte ist für uns Grüne gewesen, dass SP und GLP bei entscheidenden Klima-Anträgen und entscheidenden Artenschutz-Anträgen es nicht geschafft haben, dass Sie Ihre Leute im Saal haben. Problematisch war aber für uns auch die Haltung der FDP, wie wir soeben gehört haben: Sie besteht finanzpolitisch offenbar darin, geschätzte Beatrix Frey, dass man keine eigene Linie hat, sondern nur die anderen vor dem Rat basht.

Wo hingegen sehen wir Grüne die finanzpolitische Zukunft für den Kanton Zürich? Erstens, der mittelfristige Ausgleich kann während der Corona-Krise nicht gleich berechnet werden wie sonst. Die Mehrausgaben für Corona-Massnahmen können darin nicht berücksichtigt werden, sonst schädigt jede Corona-Ausgabe zahlreiche andere Bereiche,

die mit Corona nichts zu tun haben, aber trotzdem funktionieren müssen. Zweitens ist angesichts der Defizite definitiv nicht mehr die Zeit für Steuergeschenke. Die Forderung nach einer zweiten Senkung der Firmengewinnsteuern ist gegenwärtig illusorisch und verantwortungslos. Wegen der Steuervorlage 17 entgehen dem Kanton jährlich bereits 250 Millionen Franken. Unsere Defizite sind also von langer bürgerlicher Hand vorbereitet. Drittens ist jetzt vor allem auch Zeit, uns die Einnahmeseite anzuschauen, das heisst zunächst einmal, dass man beim Steuervollzug ansetzt: Es ist jetzt die Aufgabe unseres Finanzdirektors und seinen Leuten zu schauen, dass bei den Firmensteuern die neu eingeführten Abzüge für Forschung und für Patentverwertung und Vermarktung nicht à gogo ausgereizt und für alles Mögliche beansprucht werden. Und es liegt an der Finanzdirektion auch bei den natürlichen Personen wieder einmal zu schauen, dass gerade jetzt, in der Krise, die Einkünfte und Vermögen, die im Kanton Zürich zu versteuern sind, auch wirklich im Kanton Zürich versteuert werden. Da besteht ein Potenzial, denn man weiss, dass ein zusätzlicher Steuerkommissär dem Kanton 1 Million Franken mehr an Steuereinnahmen bringt. Viertens, zählt man die Steuersenkungen und neu eingeführten Steuerabzüge seit 1997 zusammen, entgehen dem Kanton jährlich 1,1 Milliarden Steuerfranken. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, dass man vorübergehende Corona-Steuern erhebt, zum Beispiel auf grosse Vermögen. Und wir müssen auch die Steuerabzüge kritisch in den Blick nehmen: Ist zum Beispiel die Höhe des Pauschal-Abzugs für die Vermögensverwaltung noch zeitgemäss? Ist es sinnvoll, wenn der Pestizid-Austrag durch den Gärtner von den Steuern abgezogen werden kann? Oder subventionieren wir damit einfach nur das Artensterben im Kanton Zürich? Das sind die Punkte, auf die wir Grünen in Zukunft den Finger legen werden. Dem vorliegenden Budget stimmen wir aber zu.

Yvonne Bürgin (CVP, Rüti): Dies ist meine achte Budget-Debatte. Wer denkt, es sei einfacher geworden, der irrt. Bald jedes Jahr krempeln wir den Budget-Prozess um, und trotzdem schaffen wir einmal mehr den Rekord der längsten Budget-Debatte aller Parlamente der Schweiz. Und dies, obwohl wir in einer der grössten Krisen stecken unserer Generation. Bei einem Gesamtbudget von 16 Milliarden Franken haben wir um läppische 17 Millionen Franken gestritten und im gleichen Atemzug bewilligen wir Corona-Härtefall-Notfallkredite für mehrere Hundert Millionen Franken; der grösste Teil davon à fonds perdu auf Nimmerwiedersehen.

Wir hätten beim Sparen also besser bei unseren Sitzungen angefangen und so einen kleinen Sparbeitrag geleistet. Anstatt sich auf Sachpolitik zu konzentrieren, haben zu viele hier drin Partei-Marketing betrieben, als wären wir in einem Wahljahr und nicht in einer Krise. Budget-Debatten sind wichtig; sie helfen, Kostenbewusstsein zu fördern: bei Regierung, bei Staatsangestellten, aber genauso in unseren Köpfen. Parlamentarier vergessen zu oft, welche finanziellen Auswirkungen unser Handeln auf die Staatsfinanzen haben.

Finanzdirektor Ernst Stocker hat ein vernünftiges Budget vorgelegt, mit einem Verlust von einer halben Milliarde Franken zwar, aber zum jetzigen Zeitpunkt wären dramatische Kürzungen oder Sparmassnahmen fehl am Platz. Dieses Jahr ist Stabilität gefragt und keine Schaumschlägerei. Es ist absurd und einfach nur lächerlich, dass die SVP das Budget ablehnen will und lieber ein Not-Budget hätte.

Ebenso grotesk erachtet die CVP die schmerzhaften Kürzungsanträge in der Bildung. FDP und GLP haben den Universitäten und Hochschulen Millionen gestrichen; das ist widersinnig. Wenigstens der Angriff auf die Lehrerlöhne der Volksschule wurde abgebrochen, auch weitere Anträge zu Lohn-Kürzungen waren chancenlos. Es ist so, dass kantonale Angestellte komfortable und sichere Anstellungsbedingungen haben, und die CVP steht Personalaufstockungen oder Lohnerhöhungen jeweils kritisch gegenüber. Aber das Personal in einem so schwierigen Jahr bluten zu lassen, wäre aus unserer Sicht falsch gewesen. Die GLP sitzt zwar auf der linken Seite; sie ist vielleicht grün, aber sicher nicht sozial. Die CVP wartet ab, welche Auswirkungen die Corona-Krise langfristig auf die Arbeitslosigkeit und die Lohnentwicklung in unserem Kanton hat. Dann können wir über schärfere Massnahmen sprechen.

Was die Finanzpolitik der SP, der Grünen und der AL betrifft, da konnte ich ebenfalls nur den Kopf schütteln. Sie warfen vor: Die bürgerliche Regierung sei schuld an tiefen Zahlen und schuld daran, dass kein Geld in die Kassen fliesse. Dabei verdanken wir es doch gerade der bürgerlichen Sparpolitik und der in den letzten Jahren gut florierenden Wirtschaft, dass unser Finanzhaushalt gesund genug ist, um so schnell so grosszügige Corona-Finanzhilfen zu sprechen.

Mehrfach wurde die Steuervorlage 17 kritisiert. Die linksgrüne Seite wird wohl nie kapieren, dass ein Schröpfen unserer Unternehmen und KMU die Wettbewerbsfähigkeit schwächt. Doch ein starker Wirtschaftsstandort Zürich stellt Arbeitsplätze sicher und generiert Steuereinnahmen. Interessant ist ja, wie grosszügig plötzlich dieselben Politiker Corona-Hilfsgelder mit beiden Händen verteilen wollten. Härtefall-

Massnahmen sind selbstverständlich wichtig, aber bitte mit Augenmass.

Als Mitte-Partei setzen wir uns seit eh und je gegen einen unkontrollierten Ausbau, aber genauso gegen kaputtsparen ein. Natürlich hat auch die CVP Anliegen an den Staat, vor allem, wenn es um die Schwächeren unserer Gesellschaft geht: Kinder und Jugendliche, die auf Pflegefamilien oder Heilpädagogen angewiesen sind, oder ältere Menschen an der Armutsgrenze, die Zusatzleistungen oder Krankenkassenprämienverbilligung nötig haben. Trotz Wünschen nehmen wir unsere Verantwortung wahr, Steuergelder bewusst einzusetzen und die Staatskasse im Lot zu halten.

So lange wir die Corona-Krise nicht meistern, sind die fetten Jahre vorerst vorbei. Ein haushälterischer Umgang mit den Finanzen ist und bleibt oberste Prämisse. Trotzdem soll der Kanton weiter investieren, die Wirtschaft stimulieren und auf keinen Fall die Bildung schwächen. Krisen sind immer auch Chancen, und obwohl die Herausforderungen hoch sind, bleiben wir zuversichtlich. Die CVP stimmt dem Budget 2021 zu.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Liebe Beatrix Frey, du hast etwas erzählt von «Code Red» und «Nervenkitzel» und das im Zusammenhang mit der Budget-Debatte. Ich bin nicht sicher, ob wir die gleiche Budget-Debatte erlebt haben.

Wie war denn diese Budget-Debatte? Endlos, kein Ende in Sicht, marathonsmässig, nicht abreissend, nicht enden wollend, überlang, uferlos, unaufhörlich, unendlich, unermesslich, bis zum Gehtnichtmehr. Mit diesen Worten könnte man die alljährlichen Budget-Debatten ganz allgemein beschreiben; sie treffen auch in diesem Jahr wieder zu.

Dazwischen gab es aber auch Neues zu lernen. So wurden wir von Regierungsrätin Fehr (*Jacqueline Fehr*) darüber aufgeklärt, dass es die Fähigkeit zur Kultur sei, die uns als Mensch vom Tier unterscheide. Die Wissenschaft – das ist jene Disziplin, in der GLP, SVP und FDP die Gelder für die nächsten Jahre kürzen –, die Wissenschaft hat uns sogar noch vertiefere Erkenntnisse zu bieten: Es sei unsere Fähigkeit zur Antizipation, die uns von den Tieren unterscheide. Antizipation, ein Wort, das man im Fussball kennt. Wenn der Fussballer aus der eigenen Bewegung heraus sich einen Moment geistig davon lösen und überlegen muss, welche Bewegung der Gegner machen wird, um bereits darauf reagieren zu können. Der gleiche Begriff wird im Management oder in der Psychologie verwendet oder eben auch in der Politik. Antizipation

heisst, die Fähigkeit frühzeitig eine Entwicklung vorzusehen und frühzeitig entsprechende Massnahmen zu treffen.

In der Tat, wir befinden uns in einer komplexen Lage. Es gibt viele Herausforderungen: Einige sind dringlich, andere dringend und wieder andere sind wichtig. Wir müssen uns der Corona-Krise ebenso stellen, wie den Herausforderungen, welche der Klimawandel mit sich bringt. Wer sich nur auf eine einzige Herausforderung konzentriert oder wer sich nur nach jenen Leuten richtet, die gerade am lautesten schreien, hat das Prinzip der Antizipation nicht verstanden. Dass eine Mehrheit in diesem Rat trotz Corona-Krise mehr Mittel für Umwelt und Naturschutz zur Verfügung stellen will, zeugt also eben von jener Intelligenz, die uns von den Tieren unterscheidet. Wir dürfen nicht nur im aktuellen Geschehen verharren. Wir müssen bereits heute auch auf die kommenden Entwicklungen reagieren. Und eine der dümmsten Reaktionen ist, in der Bildung sparen zu wollen auf die Art und Weise, wie es heute geschehen ist.

Ein anderes Kennzeichen, welches uns von Tieren unterscheidet, ist die Fähigkeit zur vielfältigen Form der Kommunikation. Mit unseren Beschlüssen hier im Kantonsrat kommunizieren wir ebenso. Wir kommunizieren als Kantonsrat, wohin die Reise gehen soll für uns und für die Bevölkerung in unserem Kanton. Und diese Botschaft ist in diesem Jahr besonders wichtig. Unsere Botschaft lautet: Wir haben auch in der Krise einen Plan – und wenn es der Finanzplan ist. Die Mehrheit in diesem Rat ist damit einverstanden, dass jetzt nicht die Zeit für Panik und Sparhysterie ist. Sie hat begriffen, dass es in besonderen Zeiten besondere Massnahmen braucht und eben auch ein besonderes Budget. Unser Finanzdirektor nennt es denn auch ein Übergangs-Budget. Schade, konnte er damit seine eigene Partei nicht überzeugen. Schade, dass die SVP nicht dabei ist, wenn es darum geht, gezielt Hilfe für Menschen, Wirtschaft, Natur und Umwelt zu ermöglichen. Mit ihrem Nein zum Budget stellt sich die SVP gleich selber ins Abseits. Sie zelebriert damit genau jenes destruktive Verhalten, welches sie in früheren Jahren immer der SP und den Grünen vorgeworfen hatte. Schade, sie hätte in diesem Jahr die Chance gehabt, zu zeigen, dass sie es besser kann.

Damit will ich jetzt nicht behaupten, dass die EVP alles besser macht. Wie ich schon zu Beginn dieser Beratung gesagt hatte, ist die Evangelische Volkspartei keine Partei des Spektakels. Ganz im Gegenteil. Mit einem Augenzwinkern geben wir der Abkürzung EVP manchmal auch die Bedeutung «ein verlässlicher Partner» oder halt weiterhin «eine vernünftige Partei». Deshalb werden wir auch Ja sagen zu diesem Budget.

Nach so viel Vernunft und Verlässlichkeit bleiben mir noch drei Dinge zu sagen: Ein grosses Danke den Mitarbeitenden des Kantons. Sie haben uns in diesem Jahr auf eindrückliche Weise bewiesen, wie wichtig es ist, einen starken, tragfähigen und leistungsfähigen Kanton zu haben. Ein besonderer Dank geht an Moritz von Wyss und sein Team von den Parlamentsdiensten. Auch sie haben in diesem Jahr neben allen Herausforderungen zusätzliche Aufgaben zu bewältigen gehabt und sie haben es hervorragend gemacht. Vielen Dank.

Und zum Schluss noch dies: Im Namen unserer Fraktion wünschen wir euch und euren Angehörigen frohe Festtage mit genügend Zeit für Begegnung und Besinnung. Erholt euch gut, bleibt gesund und wir freuen uns, euch alle im Januar wiederzusehen.

Markus Bischoff (AL, Zürich): In dieser Budget-Debatte wurde doch einiges durcheinandergewirbelt, das für mich neu war. Ich bin nicht das erste Mal hier drin. Es war nicht nur wegen Corona, weswegen einiges durcheinandergewirbelt wurde. Sondern es zeigt die Krise und den Niedergang einiger Parteien hier drin.

Dass die SVP – man muss sich das einmal vor Augen führen – sich gegen eine Senkung der Unternehmenssteuer wendet, das ist doch einmalig. Sie haben bis jetzt und zu jeder Zeit die unmöglichsten Anträge zur Steuersenkung immer befürwortet. Plötzlich sind Sie gegen eine Steuersenkung.

Die Spar-Allianz von SVP, FDP und GLP, die meistens noch durch die CVP angereichert war, ist krachend auseinandergebrochen. Bis jetzt konnten sie ihre Anträge zu Position 4950 immer durchbringen; jetzt haben sie sich gegenseitig abgeschossen. Das ist das erste Mal der Fall. Das ist doch sehr, sehr speziell. Diese Parteien, SVP, FDP und GLP, haben keine Spar-Allianz beim Personal zustande gebracht, keine Spar-Allianz bei den Sachanträgen, aber sie haben dann die Koalition der Ignoranz bei den Bildungsanträgen gebildet. Und das ist auch bemerkenswert. Die SVP, das wissen wir, bei ihr hört die Bildung bei den Fachmittelschulen auf. Das ist wichtig und das ist gut, dass wir das gut fördern; das ist auch eine Erfolgsgeschichte. Aber die FDP, die ja diesen Bundesstaat gegründet hat, der wir unter anderem auch die Universitäten zu verdanken haben – bei der Universität steht beim Eingang «Durch den Willen des Volkes» –, verabschiedet sich von dieser Politik und befürwortet vehement Kürzungen bei den Hochschulen. Und die GLP könnte ja jetzt profitieren: Wir wissen ja, die GLP ist der moderne Freisinn. Die könnte jetzt die verbrannte Erde der FDP übernehmen.

Aber die sind auch im Blindflug und schliessen sich dieser Bildungsspar-Koalition an.

Dann wurde seitens des Sprechers der SVP gesagt, es gäbe eine linksgrüne Mehrheit, es sei ein linksgrünes Budget. Das ist, wie wenn Donald Trump sagt, das Wahlergebnis sei verfälscht. Schauen Sie sich die Mehrheitsverhältnisse an. Sie wissen alle, wir haben eine (*bürgerliche*) Vier-Drei-Mehrheit im Regierungsrat. Die linken Parteien haben gut 60 Stimmen hier drin in diesem Rat; bei total 180 Mitgliedern. Das ist kein linksgrünes Parlament. Sie können das noch 100 Mal sagen. Das ist also nicht so. Aber bemerkenswert ist, dass das ein Budget Ihres Finanzdirektors ist, ein Budget Ihres Regierungsrates. Sie sind die einzigen, die Ihrem Finanzdirektor, der mit stoischer Miene hier oben sitzt, ständig in den Rücken schiessen und das Budget ablehnen wollen. Das ist die Realität.

Wichtig ist für uns, dass in dieser Zeit der Not und der Krise eben nicht auf den Schlauch gestanden wird, nicht unnötig gespart wird. Das wäre verheerend. Man sollte sich auch über zukünftige Einnahmen Gedanken machen. Wir haben den Vorschlag einer Corona-Steuer gemacht, dass unnötiges Vermögen höher besteuert wird. (*Heiterkeit*) Ich kann mich nur wiederholen: Man muss das Geld holen, dort wo es ist. (*Heiterkeit*) Sie können schon lachen, aber das ist unser politisches Programm. (*Heiterkeit*) Wir sehen uns dann, wenn es soweit ist. (*Heiterkeit*). Wir sind auch dafür, dass die Liegenschaften höher bewertet werden. Auch das gibt mehr Einnahmen. Wichtig ist aber in dieser Krise, dass der Kanton ein solides Budget hat. Dieses Budget wird im nächsten Jahr keinen Bestand haben; das wissen wir alle. Es wird einige Nachtragskredite geben. Wir werden nicht wissen, wie viel Steuern dann wirklich reinkommen. Das wissen wir alles nicht. Es kommt vielleicht alles ganz anders, als wie wir es hier drin beschlossen haben. Aber das Entscheidende ist: Der Staat darf jetzt nicht runtergefahren werden, sondern der Staat muss weiterhin dafür sorgen, dass die Wirtschaft und alles funktioniert. Hierzu braucht es einen Staat und hierzu braucht es ein richtiges Budget. Deshalb wird die AL – wir sind keine Regierungspartei im Gegensatz zur SVP – dieses Budget unterstützen.

Ratspräsident Roman Schmid: Wer das Budget des Kantons Zürich für das Jahr 2021 gemäss Ziffer I des Dispositivs mit einem Aufwand-Überschuss von 525'008'392 Franken in der Erfolgsrechnung und mit Investitionsausgaben von 1'484'209'631 Franken in der Investitionsrechnung genehmigen will, drücke die Ja-Taste. Wer das Budget für das

Jahr 2020 ablehnen will, drücke die Nein-Taste und wer sich der Stimme enthalten will, drücke die Taste drei.

Schlussabstimmung über das Budgets 2021

Der Kantonsrat stimmt mit 127 : 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Budget 2021 zu.

Ratspräsident Roman Schmid: Sie haben den konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2021 bis 2024 zur Kenntnis genommen. Von den ursprünglichen 53 KEF-Erklärungen haben wir 25 überwiesen, nämlich die Nummern 2, 4, 7, 11, 14, 15, 17, 18, 21, 23, 24, 25, 26, 27, 31, 32, 33, 34, 35, 37, 42, 43, 44, 48 und 50. Nicht überwiesen wurden 23 KEF-Erklärungen, 5 KEF-Erklärungen wurden zurückgezogen.

Das Geschäft ist erledigt.

Ratspräsident Roman Schmid: Wir kommen nun nicht mehr zu Traktandum 3. Ich habe es den Fraktionsvorsitzenden versprochen. Meine Devise: Normalerweise dauern Kantonsratsitzungen dreieinhalb, dreidreiviertel Stunden. Ich denke, Sie sind alle froh, wenn Sie heute etwas früher nach Hause können, eventuell zu Hause noch mit Ihren Liebsten zusammensitzen zu können; so geht es auf jeden Fall mir. Deshalb werde ich in etwa zehn Minuten diese Sitzung schliessen.

Regierungsrat Ernst Stocker: Erlauben Sie mir eine Bemerkung am Anfang: Ich nehme die Fraktionserklärung von SP, GP, GLP, EVP, CVP und AL zur Kenntnis (*siehe 3. Verschiedenes*). Wir werden diese Überlegungen einfließen lassen in unsere Haltung. Ich muss Ihnen einfach sagen, auch wir finden, es sollte privatrechtliche Lösungen geben. Wir haben im Frühjahr auch zu denen aufgerufen. Wir haben auch gedacht, das Thema sei mehr oder weniger im Frühling abgeschlossen worden. Aber wenn Sie heute in den Medien geschaut haben, ist es aktueller denn je, dass die Frage nochmals auf uns zukommen wird. Selbstverständlich kennen wir auch diese Drittelslösung. Ich muss Ihnen aber schon sagen, die Hürden und die Schwellen sind für mich in dieser Zeit, und so wie das Zürcher Budget aussieht, hoch, dass man direkt Steuerfranken an die Immobilienbesitzerinnen und -besitzer fließen lässt, also diese Schwelle ist relativ hoch für den Finanzdirektor. Aber selbstverständlich werden wir das Ganze anschauen.

Der Kanton Zürich hat ein Budget 2021. Ich möchte Ihnen dafür danken. Ich glaube, dieses Budget ist wichtig in dieser von Unsicherheit

geprägten Zeit, damit der Staat Zürich seine vielfältigen Aufgaben wahrnehmen kann. Der Weg zum Budget war wie gewohnt ein Weg der «Zürcher Art», lang, nicht nur spannend, sage ich jetzt. (*Heiterkeit*) Aber das Ziel ist erreicht. Was soll ich noch sagen? Sie wollen alle nach Haus, ich auch.

Ich möchte Ihnen im Namen der Regierungspräsidentin, des Regierungsrates, danken für Ihre Arbeit. Der Kantonsrat, der Regierungsrat, wir sind gewählt, die Interessen der Bevölkerung des Kantons Zürich wahrzunehmen und uns für diesen Stand einzusetzen, eine wichtige, vornehme und verantwortungsvolle Aufgabe. Das können wir auch im neuen Jahr wieder. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, Ihren Lieben, schöne Festtage, einen guten Rutsch, und bleiben Sie gesund. Besten Dank. (*Applaus*)

Ratspräsident Roman Schmid: Wir sind heute zum letzten Mal in der Messe-Halle 7. Wir werden im neuen Jahr sozusagen aufsteigen in die Halle 9.1. Diese Halle liegt etwa 200 Meter von hier, neben dem Theater 11 an der Thurgauerstrasse. Mit dem Umzug verabschieden wir uns aber auch von vielen Personen, die im Hintergrund wirkten. Ich überreiche diesen Personen zum Dank mein Kantonsratspräsidentengeschenk. Ich möchte folgenden Personen danken:

Frau Sabina Riedweg von der Messe Zürich, die uns immer vorzüglich betreut hat in diesem Haus. Sie kann heute Abend leider nicht anwesend sein.

Wir danken Günther Gruber und Gabriela Zwicky, die uns vom Catering der Messe Zürich fleissig und üppig ernährt haben. (*Applaus*) – Es kommen noch ein paar Danksagungen; wir können dann am Schluss in globo applaudieren. – Bedanken möchte ich mich auch bei den Herren Cervenka und Baumann – das sind der Küchenchef und der Souschef – sowie die Herrn Rizivani vom Service.

Dann danken wir der Crew der Firma Winkler AG, welche mit der technischen Betreuung unserer Sitzungen betraut waren. Unter der Leitung von Samuel Gilli wirkten mit: Frau Reutimann und die Herren Amsler, Daza, Doto, Frei, Jemakov, Kälin, Klette, Reis, Reutimann, Roth, Sturzenegger und Wegmüller.

Wir danken Pedro Leon Ramos, der konstant die Tische gesäubert hat und Fatmire Ahmeti für ihre geduldige Arbeit am Rednerpult, und zwar im Gegensatz zu uns schweigend. (*Heiterkeit und Applaus*) Ihnen allen gebührt unser Dank. Sie dürfen das Geschenk auf dieser Seite des Ratsbocks abholen. Vielen Dank für Ihre Hilfe. (*Applaus*)

Ich möchte weiter auch noch folgenden Personen danken: Meinem Vizepräsidium für die Unterstützung in dieser nicht immer ganz einfachen, aber für mich nie langweiligen Debatte. Dem Vorbock und den Parlamentsdiensten für die Vor- und Nachbearbeitung von Budget und KEF und Ihnen geschätzten Kolleginnen und Kollegen für das Mitmachen, für die Abstimmung, für die Voten. Vielen Dank. Ich bin froh, dass wir heute das Budget schlussendlich beschliessen konnten.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen eine besinnliche Adventszeit, schöne Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr. In diesem Sinn: Freuet euch, das Christkind kommt bald – und Sie hoffentlich gesund wieder. Schöne Abig, tschau zäme. (*Applaus*)

3. Verschiedenes

Fraktionserklärung

Gemeinsame Fraktionserklärung der SP, GP, GLP, EVP, CVP und AL trägt den Titel «Eine Lösung für Geschäftsmieten im Kanton Zürich, jetzt!»

Markus Späth-Walter (SP, Feuerthalen): Wir sind dankbar, dass der Finanzdirektor (*Regierungsrat Ernst Stocker*) heute Abend anwesend ist und fordern ihn mit dieser Erklärung mit grosser Eindringlichkeit auf, für das Problem der Geschäftsmieten in Corona-Zeiten eine gesamtkantonale Lösung zu erarbeiten. Wir ersuchen ihn, zu diesem Zweck mit Mieter- und Vermieter-Verbänden einen runden Tisch zu starten. Nachdem eine nationale Lösung leider gescheitert ist, haben einzelne Gemeinden und Städte bereits kommunale Lösungen in die Wege geleitet. Das führt zu ungleichen Verhältnissen im Kanton Zürich. Wir bitten den Regierungsrat nachdrücklich, mit den involvierten Parteien eine koordinierte, gesamtkantonale Lösung zu finden. Modell und Verhandlungsbasis sollte dabei das Drei-Drittel-Rettungspaket sein, das der Kanton Basel-Stadt bereits vor einiger Zeit beschlossen hat. Es sieht vor, dass Vermieter, die sich mit ihrer Mieterschaft auf eine Reduktion der Miete um mindestens zwei Drittel geeinigt haben, seitens des Kantons ein Drittel des Netto-Mietzinses entschädigt erhalten. Die Unterstützung soll ausgerichtet werden für Mietverhältnisse mit Betrieben, die von einer Betriebsschliessung oder von markanten coronabedingten Umsatzeinbussen betroffen sind. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass all jene, die bereits eine Lösung vereinbart haben, keinen

Nachteil erleiden. Die vereinbarte Lösung soll im erweiterten kantonalen Härtefallprogramm integriert werden. Kommunale Lösungen, aber auch allfällige Pandemieversicherungen sind in die Überlegungen miteinzubeziehen. Die Mietunterstützung ist auf Geschäftsmieten im Kanton Zürich zu beschränken, Doppelbezüge müssen verhindert werden, das Controlling könnte sich am gestern beschlossenen Härtefallprogramm orientieren.

Wir danken dem Finanzdirektor und der Regierung, wenn sie sich des Problems vordringlich annimmt und so rasch wie möglich eine Lösung präsentiert.

Rücktritt

Rücktritt von Benedikt Hoffmann als Kantonsrat

Ratspräsident Roman Schmid: Sie haben am 19. Oktober 2020 dem Rücktrittsgesuch von Kantonsrat Benedikt Hoffmann stattgegeben. Heute nun ist dieser Tag des Rücktritts gekommen.

Ratssekretär Pierre Dalcher verliest das Rücktrittsgesuch: «Hiermit erkläre ich meinen Rücktritt aus dem Kantonsrat per Ende dieses Jahres. Freundliche Grüsse, Benedikt Hoffmann»

Ratspräsident Roman Schmid: Die heutige Sitzung ist nicht nur die letzte des Jahres, es ist auch die letzte Sitzung von unserem Ratskollegen Benedikt Hoffmann, welchen wir heute verabschieden.

Fast auf den Tag genau vor fünf Jahren hat der damals 45-jährige den Ratssaal im Rathaus zum ersten Mal betreten. Er rückte am 7. Dezember 2015 für Mauro Tuena nach, der in den Nationalrat gewählt wurde. In diesen fünf Jahren im Kantonsrat war Benedikt Hoffmans beruflicher Hintergrund immer spürbar. Als Bezirksrichter in Dietikon und langjähriges Mitglied der Sozialbehörde der Stadt Zürich, war ihm Sozialpolitik ein wichtiges Anliegen. Besonnen und ruhig hat er von Anfang an für seine Überzeugungen gekämpft. Kein halbes Jahr hat es gedauert, bis Benedikt Hoffmann seine erste parlamentarische Initiative eingereicht hat. Es folgten noch deren drei, welche im Kantonsrat eine Mehrheit fanden. Von solch einer Erfolgsquote kann so mancher nur träumen.

Der Stadtzürcher war während dreieinhalb Jahren Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, bevor er im Mai letzten Jahres in die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit gewählt wurde. Sein Fachwissen und seine geradlinige Art wurden in der Kommission sehr geschätzt. Ein Mehrwert war auch seine Fähigkeit «Outside the Box»

zu denken, was oft zu neuen Lösungsmöglichkeiten und Denkansätzen führte, manchmal aber auch zu längeren Sitzungen.

Lieber Bene, wir danken dir für deinen grossen Einsatz im Dienste des Kantonsrates. Für deine berufliche und private Zukunft wünschen wir dir viel Freude und Erfüllung. Vielen Dank. (*Applaus*)

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

– **Ladeinfrastrukturen für Elektrofahrzeuge in Mietobjekten und im Stockwerkeigentum**

Motion *Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.)*, *Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon)*, *Markus Schaaf (EVP, Zell)*

– **Berichterstattung über Massnahmen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt**

Motion *Judith Stofer (AL, Zürich)*, *Silvia Rigoni (Grüne, Zürich)*, *Angie Romero (FDP, Zürich)*, *Barbara Günthard Fitze (EVP, Winterthur)*, *Pia Ackermann (SP, Zürich)*, *Yvonne Bürgin (CVP, Rüti)*, *Andrea Gisler (GLP, Gossau)*

– **Bessere Löhne für die Pflege. Jetzt.**

Dringliches Postulat *Jeannette Büsser (Grüne, Zürich)*, *Brigitte Rösli (SP, Illnau-Effretikon)*, *Janine Vannaz (CVP, Aesch)*

– **Lehren aus der aktuellen Corona-Situation für künftige ausserordentliche Lagen im Kanton Zürich**

Anfrage *Daniel Wäfler (SVP, Gossau)*, *Christian Lucek (SVP, Dänikon)*, *Jürg Sulser (SVP, Otelfingen)*

– **Deponieplanung über die Kantonsgrenzen**

Anfrage *Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen)*, *Christian Lucek (SVP, Dänikon)*

– **Aktuelle Observationspraxis in den Gemeinden des Kantons Zürich**

Anfrage *Jeannette Büsser (Grüne, Zürich)*, *Andreas Daurù (SP, Winterthur)*

– **Stärkung der Volksschule im Umgang mit zunehmender Heterogenität**

Anfrage *Monika Wicki (SP, Zürich)*, *Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon)*

– **Rechtsextreme Netzwerke und rassistische Tendenzen in der Kantonspolizei**

Anfrage *Melanie Berner (AL, Zürich)*, *Nicola Sigrist (SP, Zürich)*, *Florian Herr (Grüne, Winterthur)*

Schluss der Sitzung: 19:45 Uhr

Zürich, den 15. Dezember 2020

Die Protokollführerin:
Daniela-Graziella Jauch

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am
25. Januar 2021.